

Datenschutzinformationen gemäß Art. 13 DSGVO
Beantragung eines Wahlscheins zur Durchführung einer Briefwahl

Für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle

Verantwortlich für die Datenverarbeitung, die im Rahmen der Beantragung eines Wahlscheins durchgeführt wird, ist die Wahlbehörde Ihres Wohnsitzes:

Stadt Weißenstadt
Kirchplatz 1
95163 Weißenstadt

Tel.: 09253 / 9500

E-Mail: st.weissenstadt@weissenstadt.de

Datenschutzbeauftragter des Verantwortlichen

Der Datenschutzbeauftragte des o. g. Verantwortlichen ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge
Datenschutzbeauftragter
Jean-Paul-Straße 9
95632 Wunsiedel

Tel.: 09232 / 80561

E-Mail: datenschutz@landkreis-wunsiedel.de

Zwecke der Datenverarbeitung

Sie haben die Möglichkeit, Ihre Stimmen für die am 26.09.2021 stattfindende Bundestagswahl per Briefwahl abzugeben. Die hierzu erforderlichen Briefwahlunterlagen können Sie bei der für Ihren Wohnsitz zuständigen Wahlbehörde beantragen. Eine solche Beantragung kann vor Ort im Rathaus oder online über das Bürgerserviceportal der Stadt Weißenstadt erfolgen.

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die Beantragung der Briefwahlunterlagen und die damit einhergehende Legitimation zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten basiert auf § 25 ff. der Bundeswahlordnung (BWO) sowie dem Bayerischen E-Government-Gesetz (BayEGovG).

Darüberhinausgehende Datenverarbeitungen stützen sich auf Ihre Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO, welche Sie durch das Ankreuzen eines entsprechenden Kästchens erteilen können.

Empfänger Ihrer Daten

Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Zugriffsmöglichkeiten enthält lediglich der Auftragsverarbeiter, sofern ein solcher eingesetzt ist. In diesen Fällen wurde ein Auftragsverarbeitungsvertrag gem. Art. 28 Abs. 3 DSGVO geschlossen.

Drittlandübermittlung

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland übermittelt.

Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald der Zweck der Erhebung entfällt und keine gesetzlichen Aufbewahrungs- oder Archivierungsvorschriften einer Löschung entgegenstehen. Bzgl. der Löschung Ihrer eingereichten Unterlagen wird auf die Vorschriften der Bundeswahlordnung verwiesen. Die Löschung von Meldedaten erfolgt gemäß den Vorschriften der §§ 13 bis 15 Bundesmeldegesetz (BMG).

Betroffenenrechte

Die Datenschutzgrundverordnung garantiert Ihnen die Rechte auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), auf Löschung (Art. 17 DSGVO), auf Einschränkung (Art. 18 DSGVO), auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO) und auf nichtautomatisierte Entscheidung im Einzelfall (Art. 22 DSGVO).

Eine Geltendmachung dieser Rechte können Sie gegenüber dem Verantwortlichen oder dem Datenschutzbeauftragten beantragen.

Beschwerderecht

Außerdem steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde, dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, zu (Art. 77 DSGVO).

Bereitstellungspflicht

Nur durch Mitteilung Ihrer personenbezogenen Daten kann Ihrem Anliegen nachgekommen werden.